

## Protokoll

über die Sitzung des Schulausschusses am Donnerstag, 19.05.2016, 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

### Vorsitzende/r

Herr Hans-Jürgen Hayek

### Stellv. Vorsitzende/r

Herr Stefan Porscha

### Mitglieder

Herr Thomas Iseke

Herr Manfred Lindenmann

(bis 19:00 Uhr)

Herr Wilfried Müller

Herr Otto Rönnebeck

Frau Magdalena Rozanska

(Vertreterin für Herrn Baumann)

Herr Klaus-Peter Sommer

(Vertreter für Frau Bertram-Kühn)

Herr Thomas Stolte

### Schülervertreter/in

Frau Maria Münch

### Lehrervertreter/in

Frau Andrea Lau

(Vertreterin für Frau Pauselius-Gallon)

Frau Astrid Loth

### Elternvertreter/in

Frau Gudrun Schwarz

### Grundmandat

Herr Willi Ostermann

(Vertreter für Herrn Mundt)

### Verwaltungsangehörige

Herr Lars Domdey

(Fachdienst 40, Protokoll)

Herr Bernd Knigge

(Fachdienstleiter 40)

Herr Maic Schillack

(Erster Stadtrat)

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:26 Uhr

## Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

- |       |   |                   |
|-------|---|-------------------|
| 1.    | Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit  |                   |
| 2.    | Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 03.11.2015   |                   |
| 3.    | Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes  |                   |
| 4.    | Verpflichtung und Belehrung von Schüler- und Elternvertretern   |                   |
| 5.    | Neufassung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für den Primarbereich der Schulen in der Trägerschaft der Stadt Neustadt a. Rbge. (Schulbezirkssatzung) | <b>2015/339</b>   |
| 6.    | Fortführung der Schwerpunktschulen zur inklusiven Beschulung  | <b>2016/013</b>   |
| 7.    | Aufhebung der Schule am Ahnsförth, Förderschule Schwerpunkt Lernen  | <b>2016/112</b>   |
| 8.    | Fortführung von Schulsozialarbeit an den Schulen in der Trägerschaft der Stadt Neustadt a. Rbge.  | <b>2016/140</b>   |
| 9.    | Raumsituation an Leine-Schule und Gymnasium Neustadt a. Rbge.   | <b>2016/109</b>   |
| 10.   | Bekanntgaben  |                   |
| 10.1. | Sachstandsbericht über Ganztagsgrundschulen und Modellprojekt kooperativer Hort   |                   |
| 10.2. | Amtliche Schülerstatistik für das Schuljahr 2015/2016 und Schulanfängerstatistik  | <b>2015/307</b>   |
| 10.3. | Produktplan der Stadt Neustadt a. Rbge. für das Haushaltsjahr 2016; Beteiligung der Ortsräte  | <b>2015/230/1</b> |
| 10.4. | Bericht zur Entwicklung der Haushaltsdaten per 30.04.2016   | <b>2016/142</b>   |
| 10.5. | Sitzungstermine 2016  | <b>2015/313</b>   |
| 11.   | Anfragen  |                   |

1. **Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Hayek eröffnet die Sitzung um 18:02 Uhr, begrüßt die Anwesenden und verleiht seiner Freude Ausdruck, dass aus den Reihen der Schülervertreter mit Frau Münch eine Repräsentantin der Neustädter Schülerschaft wieder im Gremium begrüßt werden kann.

Anschließend erläutert er kurz, dass Tagesordnungspunkt 4 nicht behandelt werden müsse, da die Vertreter bereits belehrt worden seien und eine Verpflichtung gesetzlich nicht vorgesehen sei. Hierüber herrscht Einvernehmen.

2. **Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 03.11.2015**

Der Schulausschuss fasst bei zehn Ja-Stimmen und drei Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 03.11.2015 wird genehmigt.

3. **Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**

Von der Einwohnerfragestunde wird kein Gebrauch gemacht.

4. **Verpflichtung und Belehrung von Schüler- und Elternvertretern**

Der Tagesordnungspunkt wurde einvernehmlich gestrichen.

5. **Neufassung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für den Primarbereich der Schulen in der Trägerschaft der Stadt Neustadt a. Rbge. (Schulbezirkssatzung)**

2015/339

Herr Iseke fragt, ob die Eltern beim Beschluss über Schwerpunktschulen dennoch die Wahlfreiheit über die zu besuchende Schule hätten.

Herr Hayek verweist auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, fasst der Schulausschuss bei 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden empfehlenden

**Beschluss:**

Die Neufassung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für den Primarbereich der Schulen in der Trägerschaft der Stadt Neustadt a. Rbge. (Schulbezirkssatzung) wird in der der Vorlage als **Anlage 1** beigelegten Fassung beschlossen. Eine Ausfertigung wird zum Bestandteil des

Protokolls erklärt.

## 6. Fortführung der Schwerpunktschulen zur inklusiven Beschulung

2016/013

Herr Iseke wiederholt die unter TOP 5 gestellte Frage.

Herr Hayek erklärt, dass die Festlegung der Schwerpunktschulen zur adäquaten Förderung der Kinder und einer Bündelung von Förderunterricht und Förderlehrkräften an den jeweiligen Schulen führe und so variable Arbeitsaufteilung ermögliche. Grundsätzlich haben die Eltern dennoch die freie Schulwahl, allerdings können im Falle des Besuchs einer anderen als der Schwerpunktschule keine Forderungen zur inklusiven Ausstattung gegen diese geltend gemacht werden.

Frau Loth möchte wissen, was mit den Schulen passiere, die nicht Schwerpunktschulen sind und derzeit von der Schließung bedroht seien.

Herr Hayek führt aus, dass der laufende Betrieb gewährleistet wird, eine Ertüchtigung zur inklusiven Schule erfolge jedoch nicht.

Herr Schillack ergänzt, dass der Gesetzgeber eine Übergangsfrist bis 2024 eingeräumt habe, so dass man im Jahr 2022 die Grundschullandschaft betrachten könnte und an den noch vorhandenen Schulstandorten die notwendigen Investitionen vornehmen könne.

Frau Lau erkundigt sich nach dem Umfang der Ertüchtigung, insbesondere interessiert sie, ob lediglich Barrierefreiheit hergestellt werden solle oder auch an Gruppenarbeitsräume gedacht werde.

Herr Schillack antwortet, dass Ziel der Inklusion sei, Kinder mit allen Förderbedarfen an jeder Schule aufnehmen zu können. Im Anschluss hieran könne eine Betrachtung der Differenzierungsräume erfolgen.

Frau Lau fragt nach dem Plan für die Inklusionsräume, an vielen Schulen fehle es an geeigneten Räumen.

Herr Schillack entgegnet, dass noch viele Unwägbarkeiten bestehen, der Aufbau von Regionalstellen für schulische Inklusion („Reschis“) und die Förderquoten seien noch vollkommen offen. Hier seien noch viele Hausaufgaben von Land und Schulträgern zu machen.

Herr Müller wirft die Frage der Konnexität auf, worauf Herr Schillack erwidert, dass das Land pauschal für alle Kommunen Mittel bereitstellt, die jedoch nicht ausreichend seien, um die notwendigen Investitionen zu tätigen.

Herr Hayek bittet sodann um Abstimmung. Der Schulausschuss fasst bei zwei Enthaltungen und elf Ja-Stimmen folgenden empfehlenden

### **Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, bei der Landesschulbehörde die Fortführung der Schwerpunkt-Grundschulen Michael Ende Schule (für den Förderbedarf körperliche und motorische Entwicklung) und Stockhausen-

straße (für den Förderbedarf geistige Entwicklung) über den 31.07.2018 hinaus bis zum 31.07.2024 zu beantragen.

**7. Aufhebung der Schule am Ahnsförth, Förderschule Schwerpunkt Lernen 2016/112**

Herr Schillack erläutert zunächst die Situation der Schule am Ahnsförth und betont, dass zum kommenden Schuljahr zunächst eine Verlegung der verbliebenen sieben Schüler und zwei Lehrer an die KGS erfolge.

Daraufhin fasst der Schulausschuss einstimmig folgenden empfehlenden

**Beschluss:**

1. Die Schule am Ahnsförth wird zum Schuljahr 2016/2017 als eigenständige Schule räumlich im Gebäude der Kooperativen Gesamtschule untergebracht und mit Ablauf des Schuljahres 2016/2017 am 21.06.2017 aufgehoben. Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Antrag an die Landesschulbehörde zu stellen und die notwendigen Schritte einzuleiten.

2. Das Schulgebäude mitsamt Sporthalle und Grundstück wird der Michael Ende Schule zugeordnet. In Bezug auf die Budgetierung ergibt sich nunmehr die Budgetierungsstufe 1. Eine mögliche zusätzliche Nutzung freier Kapazitäten, bspw. durch Horte oder das Kinder- und Jugendhaus bleibt vorbehalten.

**8. Fortführung von Schulsozialarbeit an den Schulen in der Trägerschaft der Stadt Neustadt a. Rbge. 2016/140**

Herr Schillack erläutert zunächst die Hintergründe zur Vorlage und berichtet, dass das Land zwischenzeitlich Schulsozialarbeit als Landesaufgabe anerkenne. In diesem Rahmen wurden zusätzliche Stellen geschaffen, wobei Gymnasien und Grundschulen von der Stellenbesetzung ausgeschlossen seien. Den bisherigen städtischen Sozialarbeitern wird empfohlen, sich beim Land auf die ausgeschriebenen Stellen zu bewerben. Derzeit fehle es noch an der Freigabe zur Ausschreibung der Stellen vonseiten des Finanzministeriums.

Herr Iseke kündigt an, sich seiner Stimme zu enthalten. Schulsozialarbeit sei Aufgabe des Landes und nicht Aufgabe der Kommunen. Er kritisiert auch, dass keine Stellen an Gymnasien vorgesehen seien. Wenn das Land keine Gymnasien wolle, solle es diese schließen.

Herr Hayek stellt klar, dass die Schulsozialarbeit nur bis zur Übernahme durch das Land fortgeführt werden solle.

Herr Porscha gibt zu bedenken, dass die Summe von insgesamt 600.000,- € kein geringer Betrag sei, merkt allerdings unmittelbar an, dass die Schulsozialarbeiter eine tolle Arbeit geleistet haben und für die Schulen unverzichtbar seien. Er begrüßt die Entscheidung.

Herr Ostermann begrüßt den Vorschlag und dankt der Verwaltung für die frühzeitige Beschlussvorbereitung.

Herr Müller vertritt die Auffassung, dass man im Interesse der Schüler der Vorlage zustimmen müsse, zumal die Kostenübernahme durch das Land unmittelbar bevorstehe.

Daraufhin fasst der Schulausschuss bei einer Enthaltung und 12 Ja-Stimmen folgenden empfehlenden

**Beschluss:**

Bis zu einer flächendeckenden Integration sozialpädagogischer Arbeit in Landesverantwortung an allen allgemeinbildenden Schulen im Stadtgebiet stellt die Stadt Neustadt a. Rbge. in den Haushaltsjahren 2017 bis 2019 jährlich einen Betrag von rund 200.000 EUR zzgl. etwaiger Tariferhöhungen für Personalaufwendungen zur vorübergehenden Fortführung der Schulsozialarbeit an Neustädter Schulen bis längstens zum 31.12.2019 in den Haushalt ein.

**9. Raumsituation an Leine-Schule und Gymnasium Neustadt a. Rbge. 2016/109**

Herr Schillack erläutert kurz die Beweggründe, die die Verwaltung zur Erstellung der Info-Vorlage veranlasst haben. Er übergibt das Wort anschließend an Herrn Domdey, der die Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation detailliert vorstellt.

Herr Schillack erklärt, dass zunächst mittels einer Bestandsaufnahme der konkrete Baubedarf festzustellen sei. Im Schuljahr 2020/2021 werde voraussichtlich der Schülerzahlen-Zenit erreicht. Unter der Annahme, dass die KGS stets unter Volllast fahre und das Anwahlverhalten zum Gymnasium stetig steige, stelle sich die Frage nach der Zukunft der Leine-Schule.

Herr Iseke fragt, ob der letzte Anbau zu klein ausgefallen sei. Er fragt, warum es jetzt zu Problemen käme, obwohl G9 ja früher schon geklappt habe.

Herr Hayek erteilt hierzu dem anwesenden Schulleiter der Leine-Schule, Herrn Kretz, das Wort.

Herr Kretz berichtet von der Zusammenarbeit mit einer interfraktionellen Arbeitsgruppe aus dem Jahr 2007, in der der Umfang der Baumaßnahmen und der Raumbedarf besprochen wurden. Bereits zu diesem Zeitpunkt habe er die Planung als nicht auskömmlich kritisiert. Er verdeutlicht zusätzlich seinen Standpunkt, dass sinkende Schülerzahlen nicht zwangsläufig zu weniger gebildeten Klassen führen, indem er die Jahre 2007 und 2015 miteinander vergleicht: Über diesen Zeitraum hat die Schülerzahl um 261 abgenommen, es wurden jedoch nur zwei Klassen weniger gebildet. Er gibt zu bedenken, dass bereits seit dem Jahr 1970 über einen Schülerzahlenrückgang diskutiert werde. Herr Kretz bemängelt, dass die seinerzeit bestehenden Außenstellen nicht 1:1 als Neubaufäche übernommen worden sind.

Er drückt außerdem seine Sorge aus, dass zum Schuljahreswechsel drei bis vier Klassen ohne Klassenraum sein könnten.

Herr Sommer sieht bei Betrachtung des Luftbildes Schwierigkeiten bei der Lösung der baulichen Situation. Man müsse ggf. darüber nachdenken, die Leine-Schule an die KGS zu verlagern. Die Fläche des Hallenbades als Erweiterungsfläche für das Gymnasium zu nutzen, sei insofern schwierig, als dass diese Fläche zur Refinanzierung des Hallenbad-Neubaus dienen sollte.

Herr Schillack entgegnet, dass hierzu Gespräche mit den Wirtschaftsbetrieben geführt würden. Es seien kreative Lösungen gefragt, eventuell sei es auch wirtschaftlich, die Leine-Schule neu zu bauen. Er lenkt den Fokus auf die Frage, wo die Schüler unterrichtet werden sollten, während notwendige Baumaßnahmen im Gange seien.

Herr Lindenmann merkt an, dass dem Elternwillen zur Zügigkeit der KGS Rechnung getragen werden müsse, folglich müsse eine Erweiterung der KGS in Betracht gezogen werden.

Herr Iseke vertritt die Auffassung, dass eine isolierte Betrachtung nicht zielführend sei, man müsse die gesamte Schullandschaft im Sekundarbereich betrachten. Er hinterfragt die städtische Pflicht, die vorhandenen Schulformen anbieten zu müssen.

Herr Schillack erklärt, dass eine Änderung der Zügigkeit an der KGS Auswirkungen hätte und erläutert die Rechtslage zum Angebot von Haupt- und Realschule sowie Gymnasium.

Herr Porscha zeigt sich besorgt über die Höhe des Investitionsvolumens, ggf. könnte diese sogar noch ansteigen. Er betont allerdings, dass dringendes Handeln geboten sei, um die Raumproblematik lösen zu können.

Herr Knigge erläutert auf Nachfrage von Herrn Müller bezüglich kurzfristiger Lösungen für die Leine-Schule, dass angestrebt werde, eine Lösung in Form von Containern oder Modulbauten zu realisieren. Insgesamt habe man im Bereich zwischen Gauß- und Bunsenstraße gleich mehrere Probleme zu lösen, als Beispiele seien nur Hallenbad, Parkplatzproblem, Aula und Sporthalle genannt. Im kulturellen Bereich müsse man auch offen für kreative Lösungen sein, indem beispielsweise Sporthalle und Theater kombiniert werden.

Herr Sommer fügt an, dass an der BBS derzeit ein Multifunktionsraum entstehe.

Herr Schillack entgegnet, dass die BBS in mehreren Gesprächen dargelegt habe, dass dieser Raum nur von der BBS genutzt werden solle.

## **10. Bekanntgaben**

Herr Domdey verliest Mitteilungen der Landesschulbehörde bezüglich der Ausschreibung der Leitungsstelle an der Waldschule Schneeren sowie der Übertragung der Leitung der Grundschule Stockhausenstraße an die Lehrerin Frauke Viets.

Die nachstehenden Bekanntgaben werden zur Kenntnis genommen, eine Aussprache hierzu findet nicht statt.

#### **10.1. Sachstandsbericht über Ganztagsgrundschulen und Modellprojekt kooperativer Hort**

Herr Schillack berichtet umfassend von den zu der Thematik geführten Gesprächen. Die Umsetzung des Konzepts zum kooperativen Hort stellt sich in der Kernstadt am einfachsten dar, das Modellprojekt ist auf eine Dauer von fünf Jahren angelegt. In zwei Kommunen werde bereits am 01.08.2016 gestartet. Es soll von der strikten Trennung zwischen Hort und Schule Abstand genommen werden. Erzieher und Lehrer sollen gemeinsam während der Schulzeit verfügbar sein, was aufgrund unterschiedlicher Betreuungsschlüssel (1:10 <-> 1:26) schwierig sei. Auch die Finanzhilfe vom Land müsse weiterhin erhalten bleiben. Während die Idee vom kooperativen Hort positiven Anklang findet, stößt man bei Ganztagschulen eher auf Ressentiments. Vielfach herrsche die Vorstellung vor, dass die Kinder von 7 bis 17 Uhr in der Schule Frontalunterricht erhielten und dann auch noch Hausaufgaben zu erledigen hätten. Das Konzept sei noch nicht überall in den Köpfen angelangt. In Gesprächen mit Leitungskräften von Schulen und Kitas wurde ein Fragebogen erarbeitet, der Bedarf und Bürgerwillen abfragen solle. Die Einführung zum Schuljahresbeginn 17/18 stelle sich als sehr fraglich dar, da das pädagogische Konzept hierzu bis Dezember zu erarbeiten sei. Es ergäbe sich dann ein vierjähriger Versuchszeitraum.

Frau Loth möchte wissen, ob es nach Ablauf des Modellversuchs möglich sei, wieder zur Verlässlichen Grundschule zurückzukehren.

Herr Schillack antwortet, dass dies natürlich möglich sei, aber baulich problematisch sei, wenn der Modellversuch rückabgewickelt werde. Favoriert werde derzeit die Umsetzung in der Michael Ende Schule mit Ganztagskonzept im ehemaligen Gebäude der Schule am Ahnsförth. Zwei Züge könnten dann als im Ganztagsprogramm fahren, während ein Zug weiterhin im Rahmen der verlässlichen Grundschule arbeite. Insgesamt stehe man vor einer großen Herausforderung, wenn man möglichst vielen Elternwünschen gerecht werden wolle.

Herr Iseke bemängelt, dass man einen großen Aufwand betreibe und fragt, warum man nicht einfach an einem Standort beginne und dann die weitere Entwicklung beobachte?

Herr Porscha verleiht seiner Sorge Ausdruck, ob die richtigen Jahrgänge befragt werden. Nicht zielführend wäre es, Schüler zu befragen, die zu Beginn des Schulversuches gar nicht mehr im Primarschulbereich zu beschulen seien.

Herr Schillack erklärt, dass man selbstverständlich nur Eltern befrage, deren Kinder vom Schulversuch betroffen sein könnten. Es sei wichtig, die Meinungen und Bedarfe aufzunehmen und zu berücksichtigen. Einen großen Knackpunkt stellt die Pädagogik dar, es sollte unbedingt vermieden werden, Konzepte zu überstürzen.



Frau Loth betont, dass der Elternwille entscheiden sein müsse und fragt, ob auch eine Beteiligung kleinerer Schulen an dem Modellversuch geplant sei.

Herr Hayek antwortet, dass es vorstellbar sei, dass der Rat der kommenden Wahlperiode entsprechend berücksichtigen werde.

Herr Ostermann führt aus, dass es im Norden der Stadt zu Diskussionen kommen könnte. Die Entscheidung zur Beteiligung eines ländlichen Standortes an dem Modellversuch könnte zur Schließung anderer Standorte führen.

Herr Schillack bestätigt diese Möglichkeit. Bestehende Schulbezirke würden insofern aufgeweicht, als dass Schüler ohne Ausnahmegenehmigung eine andere als die in ihrem Schulbezirk vorhandene Schulform anwählen könnten. Auf Nachfrage von Frau Loth bezüglich der Fahrtkosten erklärt Herr Schillack, dass die Fahrtkosten durch die Region Hannover erstattet würden, die Einrichtung eines ÖPNV-Angebotes ist jedoch nicht geplant.

- |   |                   |
|---|-------------------|
| <b>10.2. Amtliche Schülerstatistik für das Schuljahr 2015/2016 und Schulanfängerstatistik</b>             | <b>2015/307</b>   |
| <b>10.3. Produktplan der Stadt Neustadt a. Rbge. für das Haushaltsjahr 2016; Beteiligung der Ortsräte</b> | <b>2015/230/1</b> |
| <b>10.4. Bericht zur Entwicklung der Haushaltsdaten per 30.04.2016</b>                                    | <b>2016/142</b>   |
| <b>10.5. Sitzungstermine 2016</b>   | <b>2015/313</b>   |
| <b>11. Anfragen</b>   |                   |

Es liegen keine Anfragen vor.

Daraufhin schließt Herr Hayek die Sitzung um 19:26 Uhr und wünscht allen Anwesenden eine gute Heimreise.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 01.09.2016